

Bericht über die Sitzung des Gemeinderates Steinfeld vom 11.07.2018

(Vom Gemeinderat nicht förmlich genehmigte Fassung)

TOP 01 Begrüßung durch den Bürgermeister und Genehmigung der Niederschrift

Der Bürgermeister erklärte die anberaumte Sitzung für eröffnet und stellte die ordnungsmäßige Ladung sowie die Anwesenheit der Mitglieder des Gemeinderates fest.

Der Vorsitzende stellte weiter fest, dass die Mehrheit der Mitglieder des Gemeinderates anwesend und stimmberechtigt ist.

Der Gemeinderat ist daher beschlussfähig (Art. 47 GO).

Die Niederschrift der letzten Sitzung des Gemeinderates wurde den Mitgliedern zugestellt. Die Niederschrift der letzten nichtöffentlichen Sitzung lag zur Einsichtnahme auf.

Einwendungen wurden nicht erhoben. Die Niederschrift gilt daher als genehmigt.

TOP 02 Information zur "MSP-Spange neu"; Beratung und Beschlussfassung über weitere Vorgehensweise

Herr Bürgermeister Koser führte in das Thema ein. Die Gemeinde Steinfeld ist an der Mitarbeit des Verkehrskonzeptes bereit. Hier muss es jedoch Ziel sein, das Werntal zu entlasten ohne andere Orte über den abgeleiteten Verkehr zu belasten.

Am 22.06.2018 erhielt er eine Einladung von der Stadt Lohr a.Main auf der Mailbox über eine Bürgerinformationsveranstaltung „Verkehrsentwicklung im Raum Lohr“. Hier wurde nicht einmal angedeutet, dass die Gemeinde Steinfeld die Hauptbetroffene ist.

Diese Veranstaltung fand am 28.06.2018 in der Stadthalle Lohr a.Main statt. Er war eine halbe Stunde vor Beginn anwesend und war im Gespräch mit Bürgermeister Dr. Paul und Herrn Fuchs vom Staatlichen Bauamt Würzburg. Jedoch keiner informierte ihn darüber was da kommen sollte.

Die B26n führt in einem 1. Bauabschnitt bis nach Müdesheim. Dies wird keine Auswirkungen auf dem Raum Lohr haben. Nach der Weiterführung bis Karlstadt geht man von ca. 8.000 Fahrzeugen in Steinbach aus.

Als Entlastung des stark betroffenen Stadtteils Steinbach stellte das Staatliche Bauamt deren Lösung einer MSP-Spange vor. Nach Fertigstellung der Ortsumgehung Wiesenfeld soll über die MSP 13 oder MSP 14 in Richtung Hausen gefahren werden. Man durchtrennt die „Kohlplatte“ und führt den Verkehr durch das Buchental, auf Höhe des Buchenparkplatzes leitet man die Fahrzeuge nach Lohr/Wombach auf die geplante dritte Mainbrücke.

Nach den Worten von Herrn Fuchs müsste sich der Lohrer Stadtrat nur noch entscheiden welche der drei Planungsvarianten realisiert werden soll.

Erster Bürgermeister Koser beschwerte sich auf der Bürgerinformationsveranstaltung, dass die hauptbetroffene Gemeinde hier in keinsten Weise beteiligt, geschweige denn informiert wurde. Er lehnt den Straßenbau ab. Dies teilte er dem Staatlichen Bauamt tags darauf nochmals schriftlich mit und forderte die bisherigen Planunterlagen an. Ebenfalls forderte er auch in Steinfeld eine Bürgerversammlung zu diesem Thema abzuhalten.

Am Mittwoch 04.07.2018 waren Erster Bürgermeister Koser, Zweite Bürgermeisterin Gröbner, Gemeinderatsmitglied Rudolf Hock und Gemeinderatsmitglied Dr. Sonja Stahl bei Staatlichen Bauamt. Hier wurde von dem eingeräumt, dass die Planung bisher unglücklich gelaufen ist, man jedoch erst in der Vorplanungsphase ist.

Es wurde nochmals deutlich darauf hingewiesen, dass es eine Angelegenheit für den Gemeinderat Steinfeld und nicht für den Stadtrat von Lohr a.Main ist. Alle drei vorgestellten Planungsvarianten

zerschneiden den Gemeindewald, welcher als Naherholungsgebiet gerade für Hausen dient, und sind daher abzulehnen.

Den beim Gespräch erhaltenen Plan von Oktober 2017 ist mit „Linienbestimmung“ bezeichnet. Eine solche Linienbestimmung kann erst nach einem Umweltgutachten gefertigt werden.

Zwischenzeitlich wurde ein weiterer Plan zur Verfügung gestellt. Dieser wird als „Voruntersuchung“ bezeichnet und datiert aus Juni 2018.

Bürgermeister Koser sieht die Gemeinde Steinfeld hier bewusst hinters Licht geführt und das Verhalten des Staatlichen Bauamtes trägt hier auch nicht zur Vertrauensgewinnung in der Bevölkerung bei. Auch trotz nochmaligem Verlangen sämtlicher Unterlagen zu dem Verfahren ist bis heute kein Eingang zu verzeichnen. Nachdem selbst der Presse Unterlagen zur Verfügung gestellt wurden, ist die Gemeinde Steinfeld wohl die einzige Beteiligte der keine Akteneinsicht gewährt wurde.

Erschwerend kommt hinzu, dass der Zubringer zur B26n bei Duttenbrunn trotz der MSP-Spange gebaut werden würde. Die Gemeinde Steinfeld wäre somit von Straßen eingerahmt und Ihrer Entwicklungsmöglichkeiten beraubt.

Das Vorgehen des Staatlichen Bauamts ist für Bürgermeister Koser nicht tragbar und keine der vorliegenden Planungsvarianten akzeptabel. Daher sollte sich die Gemeinde mit allen Mitteln wehren. Deshalb würde er bereits jetzt einen Fachanwalt für Verwaltungsrecht einschalten um überhaupt einmal Akteneinsicht zu erhalten.

Nach Meinung von Gemeinderätin Dr. Sonja Stahl wird der Verkehr in die Region gezogen da größere Städte ihre Verkehrsprobleme auf Kosten des Umlandes lösen wollen. Gerade die vom Staatlichen Bauamt Würzburg bevorzugte Variante 3 reicht am besonders nahe an Hausen heran.

Rudolf Hock sieht die städtebauliche Entwicklung bei Realisierung der Planung in Frage gestellt. Hier werden nicht nur Siedlungsgebiete und die ehemaligen Mühlen sondern das Naherholungsgebiet für die Gemeinde und das ganze Umland beeinträchtigt. Auch die vorhandenen Bodendenkmäler würden zerstört.

Fakt ist der Bau der B26n Arnstein-Karlstadt bis zum Jahr 2030. Der Bundesverkehrswegeplan wird weiter fortgeschrieben und ein Weiterbau der B26n wird nicht kommen.

Das Staatliche Bauamt hätte hier im Vorfeld auf die betroffenen Gemeinden zukommen können. Auch hat er den Landtagsabgeordneten Thorsten Schwab angesprochen. Dieser versicherte auch nur wenige Stunden vor der Informationsveranstaltung von der Planung erfahren zu haben.

Theo Herrmann zeigt sich überrascht, dass der Befürworter der B26n (Gemeinderat Rudolf Hock) gegen den Straßenbau ist und verweist auf die Machtverhältnisse einer 2.000 Einwohner-Gemeinde gegenüber einer Stadt. Die geplanten Straßen zerstören wertvolles Ackerland und gerade dies ist nach Meinung der CSU zu schonen. Steinfeld muss hier handeln.

3. Bürgermeisterin Marion Gröbner war von der Planung schockiert. Wie sich zeigt scheinen Behörden hier schon länger Untersuchungen zu betreiben und für sie ist hier wohl der geringste Raumwiderstand vorhersehbar. Da nicht mit offenen Karten gespielt wird, ist ihr Vertrauen zum Staatlichen Bauamt gering. Über einen Rechtsbeistand und Akteneinsicht muss sich Steinfeld mit allen legalen Mitteln wehren.

Gemeinderat Dittrich schloss sich den Vorrednern an.

Für Edmund Knöferl ist das Buchental ein wichtiger Teil Heimat. Er ist erschüttert über den Stellenwert des oft zitierten Begriffs Heimat in München. Dort werden nur Linien gezogen ohne Rücksicht auf die Bevölkerung.

So hat Dr. Hans Schönmann in einem Buch die Schönheit des Buchentals beispielhaft beschrieben. Dies darf nicht zerstört werden.

Die Pendler werden weiterhin durch Steinbach fahren, da dies die kürzeste Strecke nach Lohr bleibt so Martin Schuhmann (CSU).

Hubert Handel lehnt als Landwirt jeden Straßenbau ab. Für ihn sollte das vorhandene Straßennetz ertüchtigt werden.

Rolf Reimer sieht hier nicht nur die Belastung durch den zusätzlichen Verkehr. Für ihn ist mit zusätzlicher Kriminalität zu rechnen.

Herr Bürgermeister Koser stellte folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

1. Die vorgestellten Varianten des Staatlichen Bauamts werden abgelehnt.
2. Als Rechtsbeistand wird Prof. Rommelfanger mit der Vertretung der Interessen der Gemeinde Steinfeld beauftragt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	0
Persönlich beteiligt:	0

TOP 03 Bauantrag zur Erweiterung einer Verkaufshalle mit Werkstatt und Lager an der Raiffeisenstraße
--

Mit dem Erweiterungsbau soll die Gesamtfläche von Verkaufsraum, Werkstatt und Lager verdoppelt werden.

Das Bauvorhaben liegt im Geltungsbereich des Bebauungsplans „Gewerbegebiet“ im Ortsteil Hausen. Das Vorhaben entspricht bis auf die östliche Baugrenzüberschreitung den Festsetzungen des Bebauungsplans.

Ein entsprechender Antrag auf Abweichung wurde gestellt und damit begründet, dass diese Fläche als Lager- und Betriebsfläche und für die Optimierung des betrieblichen Ablaufs unbedingt benötigt wird. Ein Gespräch des Planers mit der Unteren Naturschutzbehörde im Landratsamt scheint bereits stattgefunden zu haben. Demnach könne der im Bebauungsplan vorgesehene Pflanzstreifen von 3 Metern auch in dem 5 Meter breiten Pufferstreifen des Wassergrabens verlegt werden.

Die Verwaltung schlägt vor der Abweichung zuzustimmen und dem Bauvorhaben das gemeindliche Einvernehmen zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Persönlich beteiligt:	0

Gemeinderatsmitglied Rudolf Hock war bei der Abstimmung nicht anwesend.

TOP 04 Mitteilungen des Bürgermeisters
--

Als Termin für den Altortsanierungsausschuss mit Architekten Bertram Wegner ist der 30.07.2018 um 17:30 Uhr festgelegt.

TOP 05 Verschiedenes

Gemeinderätin Luzia Stamm fragt nochmals beim Bürgermeister bezüglich einer Bürgerversammlung zum Thema MSP-Spange nach. Dieser hat bereits 3x beim Staatlichen Bauamt nachgefragt aber noch keinen Termin erhalten.

Es folgte die nichtöffentliche Sitzung.